

# Datenschutzhinweise und Informationen gemäß Artikel 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten in der Abteilung 6 -Gesundheitsamt- der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises

Westerwaldkreis



## Informationen zur Datenerhebung nach Art. 13 und 14 DSGVO

Diese Informationen dienen der Transparenz, wie das Gesundheitsamt mit den Dienststellen in Montabaur und Bad Marienberg mit personenbezogenen, teils sensiblen Daten umgeht. Der Schutz von personenbezogenen Daten genießt bei uns einen sehr hohen Stellenwert, deshalb erfolgt die Verarbeitung von personenbezogenen Daten ausnahmslos im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere gemäß der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und des Landesdatenschutzgesetzes Rheinland-Pfalz (LDSG) und spezialgesetzlicher Regelungen.

Die Aufgabenfelder des Gesundheitsamtes sind dabei vielfältig und unterliegen meist verschiedener, oftmals spezialgesetzlicher Normen und Rechtsgrundlagen, die uns eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erlauben. So wird das Gesundheitsamt in folgenden Bereichen tätig (Aufgabenkatalog), wofür wir unterschiedliche Kategorien an Daten erheben müssen:

- Infektionsschutz; um die Ausbreitung ansteckender Krankheiten zu verhindern bzw. diese einzudämmen
- Infektionsschutzbelehrungen bestimmter Berufsgruppen und dessen Nachweis
- amtsärztlicher Dienst, insbesondere Begutachtungen und Einstellungsuntersuchungen
- kinder- und jugendärztlicher Dienst, insbesondere Durchführung der Schuleingangsuntersuchung
- sozialpsychiatrischer Dienst, Unterstützung von Suchtkranken oder psychisch Erkrankter
- Epidemiologie; Berichterstattung zum Gesundheitsstand in der Bevölkerung (Erfassung von meldepflichtigen Krankheiten) sowie Statistiken hierzu
- Gesundheitsförderung durch Präventionsarbeit
- STI-/AIDS-Beratung, Beratung und Testung hinsichtlich sexuell übertragbarer Erkrankungen
- Hygieneüberwachung in bestimmten Einrichtungen und Trinkwasserüberwachung
- Durchsetzung einer geltenden Nachweispflicht zu einzelnen Impfungen
- Teile des Katastrophenschutzes
- Gesundheitliche Beratung und Anmeldung für in der Prostitution tätiger Menschen
- Aufklärung und Information der Bevölkerung zu den unterschiedlichsten gesundheitsrelevanten Themen
- Durchführung von Screenings zum Nachweis von Alkohol- und/oder Drogenabstinenz

### 1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Verantwortlich für die Verarbeitung dieser dabei erhobenen, personenbezogenen Daten ist die Kreisverwaltung des Westerwaldkreises, vertreten durch den Landrat des Westerwaldkreises, Herrn Achim Schwickert, Peter-Altmeier Platz 1, 56410 Montabaur, Telefon: (+49)2602 124-0, Telefax: (+49)2602 124-238; E-Mail: [kreisverwaltung@westerwaldkreis.de](mailto:kreisverwaltung@westerwaldkreis.de)

### 2. Datenschutzbeauftragte

Die Datenschutzbeauftragte der Kreisverwaltung erreichen Sie unter der Postanschrift: Datenschutzbeauftragte, Peter-Altmeier Platz 1, 56410 Montabaur oder unter folgender E-Mail Adresse: [datenschutz@westerwaldkreis.de](mailto:datenschutz@westerwaldkreis.de) sowie unter der Durchwahl Telefon: (+49)2602 124-792

### 3. Verarbeitungszwecke

Das Gesundheitsamt verarbeitet Daten zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerledigung (siehe Aufgabenkatalog oben) nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere und vor allem nach

- dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGdG)
- dem Infektionsschutzgesetz (IfSG), insbesondere Belehrungen gemäß § 43 IfSG
- dem Schulgesetz (SchulG)
- Landesgesetz über Hilfen bei psychischen Erkrankungen (PsychKHG)
- Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (LKindSchuG)
- dem Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG)
- und weiteren spezialgesetzlichen Vorschriften

Das Gesundheitsamt ist zur Erbringung von aufgabenbezogenen Sach- und Dienstleistungen verpflichtet. Es ist aber auch zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben beauftragt und befugt. Dazu zählen z. B. Aufgaben im Bereich des Infektionsschutzrechts und zahlreicher anderer Gesetze, in denen eine Untersuchung durch Ärzte/ Ärztinnen des Gesundheitsamtes gefordert werden bzw. ein Tätigwerden des Gesundheitsamtes geregelt ist. Darüber hinaus werden personenbezogene Daten auch bei der Durchführung von Aufträgen anderer öffentlicher Stellen oder Personen verarbeitet. Dasselbe gilt für die Ausstellung von Bescheinigungen. Zudem werden personenbezogene Daten zu Statistikzwecken des Westerwaldkreises verarbeitet.

#### **Besonderheiten im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes zur Bekämpfung und Prävention übertragbarer Krankheiten**

Zweck der Verarbeitung ist hier die Erfüllung der vom Gesetzgeber uns zugewiesenen öffentlichen Aufgaben aus dem Infektionsschutzgesetz (IfSG). Diese dienen der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten und der Prävention übertragbarer Krankheiten im Bereich der Gesundheitsvorsorge. Rechtsgrundlage dieser Verarbeitung ist der dritte bis sechste Abschnitt des Infektionsschutzgesetzes (§§ 6 – 36 IfSG). Soweit uns Ihre Daten zur Verarbeitung nicht vollständig zur Verfügung stehen, darf das Gesundheitsamt u.a. nach § 16 IfSG Ermittlungen mit Einschränkung der Unverletzlichkeit der Wohnung anstellen. Wir erhalten die personenbezogenen Daten von den behandelnden Ärzten und untersuchenden medizinischen Laboren. Es besteht nach den §§ 6 und 7 des Infektionsschutzgesetzes eine Meldepflicht.

Es werden folgende Informationen fallbezogen über Sie gespeichert: Name, Geschlecht, Geburtsdatum, Adresse/ derzeitiger Aufenthaltsort, Diagnose oder Verdachtsdiagnose, Tag der Erkrankung oder Tag der Diagnose und die wahrscheinliche Infektionsquelle. Ihre personenbezogenen Daten werden an zuständige Bedienstete des Gesundheitsamtes und anonymisiert an das Rheinland-Pfälzische Landesuntersuchungsamt weitergeleitet.

Ihre Daten werden nur so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen zur Erfüllung infektionsschutzrechtlicher Aufgaben erforderlich ist. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt nicht mittels automatisierter Entscheidungsfindung, einschließlich Profiling.

#### **4. Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung:**

Soweit wir für Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten eine Einwilligung der betroffenen Person einholen, dient Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. a Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) als Rechtsgrundlage.

Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der das Gesundheitsamt unterliegt, dient Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. c i. V. m. Art. 6 Abs. 3 Satz 1 lit. b DSGVO i. V. m. § 3 LDSG als Rechtsgrundlage.

Für den Fall, dass lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person eine Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich machen, dient Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. d DSGVO als Rechtsgrundlage.

Ist die Verarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe des Gesundheitsamtes, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, erforderlich, so dient Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. e i.V.m. Art. 6 Abs. 3 Satz 1 lit. b DSGVO i.V. m. § 3 LDSG als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

Rechtsgrundlage bei Bearbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten ist Art. 9 Abs.2 lit. a) - j) DSGVO i.V.m. Art.9 Abs. 3 und 4 DSGVO, soweit besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet werden, zum Zwecke der Erfüllung des oben genannten Aufgabenkatalogs.

## **5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern**

Die in Ziffer 8 genannten Datenkategorien können zum Zwecke der notwendigen, gesetzlichen Aufgabenerledigung des Gesundheitsamtes an Dritte übermittelt werden wie beispielsweise an:

- Auftrag gebende Behörden
- Sozialleistungsträger
- Gerichte
- Schulen und Kindertageseinrichtungen
- Finanzämter
- Strafverfolgungsbehörden und Behörden der Gefahrenabwehr (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Verfassungsschutz)
- andere Dritte wie z.B. kommunale Ämter
- Landesuntersuchungsamt
- soweit gesetzlich legitimiert und in der Regel pseudonymisiert, das Robert-Koch-Institut, Tropeninstitute, andere Institute zum fachlichen Austausch
- Auftragsverarbeiter (z.B. Scandienstleister, IT-Dienstleister), etc.

## **6. Auftragsverarbeiter**

Bedienen wir uns eines Auftragsverarbeiters, also jemanden, der in unserem Auftrag als Dienstleister für uns Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so schließen wir mit ihm einen Auftragsverarbeitungsvertrag gemäß Art.28 Abs.3 DSGVO ab.

Damit verpflichten wir unsere Dienstleister zur Datenschutzkonformität und uneingeschränkten Anerkennung und Ausführung der Datenschutzgrundverordnung bei Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben.

Dies unter ergänzender Berücksichtigung der Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten, im Sinne des Art.9 Abs.2 lit. a) bis j) DSGVO.

## **7. Speicherdauer**

Ihre Daten werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der fallbezogenen, einschlägigen und gesetzlichen Aufbewahrungsfristen in der jeweils geltenden Fassung zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

## **8. Kategorien personenbezogener Daten**

Das Gesundheitsamt verarbeitet neben personenbezogenen Daten im Sinne des Art. 5 der DSGVO auch besondere Kategorien personenbezogener Daten, wie z.B. sensible Gesundheitsdaten entsprechend der Kategorisierung des Art. 9 DSGVO. Die Verarbeitung findet statt, soweit dies zur konkreten, dem Gesundheitsamt übertragenen Aufgabenerfüllung gemäß Art.9 Abs.2 lit. a)-j) notwendig ist.

Insbesondere werden daher folgende Datenkategorien vom Gesundheitsamt verarbeitet, soweit im Einzelfall für die Erfüllung des Aufgabenzweckes und der Identifikation erforderlich:

### **a) Stammdaten inkl. Kontaktdaten**

Das sind beispielsweise:

Kundennummer, Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, Telefonnummer (freiwillige Angabe), E-Mail-Adresse (freiwillige Angabe), Familienstand, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Renten-/Sozialversicherungsnummer, Bankverbindung

## **b) Gesundheitsdaten**

Das sind beispielsweise medizinische Daten, die im Rahmen einer Untersuchung im Gesundheitsamt erhoben werden, z.B. Laborwerte. Daten im Zusammenhang mit Begutachtungen oder Stellungnahmen durch den ärztlichen oder sozialen Dienst des Gesundheitsamtes sowie weiterer behördlicher und sozialer Einrichtungen.

## **c) Forschungsdaten (Befragungsdaten) und Statistikdaten**

### **9. Betroffenenrechte**

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffener i.S.d. DSGVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen (Kontaktaten der Verantwortlichen, der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises, siehe Ziffer 1 dieses Datenschutzhinweises) zu, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen und keine höherrangigen, gesetzlich legitimierten Gründe (wie z.B. Gefahrenabwehr, Infektionsschutz usw.) dagegensprechen:

#### **9.1 Auskunftsrecht**

Sie können von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, vom Gesundheitsamt verarbeitet werden. Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie von dem Verantwortlichen über folgende Informationen Auskunft verlangen:

- (1) die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
- (2) die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden;
- (3) die Empfänger bzw. die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
- (4) die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden, personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
- (5) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden, personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
- (6) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
- (7) alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden;
- (8) Auskunft darüber, ob eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 DSGVO stattfindet. Im Falle des Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person;
- (9) Ihnen steht außerdem das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten ggfls. in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

#### **9.2 Recht auf Berichtigung**

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung gegenüber dem Verantwortlichen, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind.

#### **9.3 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

- 
- (1) wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden, personenbezogenen Daten bestreiten: für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
  - (2) wenn die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
  - (3) wenn der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
  - (4) wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

---

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem Verantwortlichen unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

#### **9.4 Recht auf Übertragbarkeit der Daten**

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie vom Verantwortlichen verlangen, die Sie betreffenden und von Ihnen bereitgestellten, personenbezogenen Daten zu erhalten und diese Daten in den in Art. 20 Abs. 1 lit. a und lit. b DSGVO benannten Fällen, einem anderen Verantwortlichen übermitteln zu lassen.

#### **9.5 Recht auf Löschung**

##### **a) Löschungspflicht**

Sie können von dem Verantwortlichen verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, diese Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- 
- (1) die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
  - (2) Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung
  - (3) Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gemäß Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein
  - (4) die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet
  - (5) die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt
  - (6) die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

---

##### **b) Ausnahmen zum Recht auf Löschung**

Eine Löschung Ihrer personenbezogenen Daten kann nicht stattfinden, soweit die Verarbeitung der Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung dient, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;

Ebenso aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO; bzw. für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Ziffer 9.5 a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

### **9.6 Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung**

Sie als betroffene Person haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender, personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 lit. e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen, Art. 21 DSGVO; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, es liegen zwingende, schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

---

## **10. Widerruf der Einwilligung**

Werden Daten auf der Grundlage einer Einwilligung des Betroffenen verarbeitet, kann die Einwilligung jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die bis zum Widerruf erfolgte Verarbeitung bleibt davon unberührt.

---

## **11. Beschwerderecht**

Sind Sie der Meinung Ihre personenbezogenen Daten werden nicht ordnungsgemäß vom Gesundheitsamt bzw. dem Verantwortlichen verarbeitet oder Ihren Betroffenenrechte werden nicht genügend Abhilfe geleistet, so steht Ihnen uneingeschränkt die Beschwerde bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu. Sie, als betroffene Person, haben in diesem Fall die Möglichkeit, sich an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in Mainz, mittels folgender Kontaktalternativen, direkt zu wenden:

Postanschrift

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Postfach 30 40  
55020 Mainz

Besucheradresse

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Hintere Bleiche 34  
55116 Mainz

Telefon / E-Mail

Telefon: +49 (0) 6131 8920-0

Telefax: +49 (0) 6131 8920-299

E-Mail: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)

---

## **12. Mitwirkungspflichten, Auskunftspflichten und Folgen der Nichtbeachtung**

Aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen ergeben sich aber auch für Sie, als betroffene Person oder für Sie, als gesetzlicher Vertreter einer betroffenen Person, unter Umständen Mitwirkungspflichten. Das bedeutet, dass die betroffene Person alle Tatsachen angeben muss, ebenso Änderungen in den persönlichen Verhältnissen, die Auswirkungen auf die spezialgesetzliche Würdigung des Einzelfalles haben können. Die Mitwirkungspflichten gelten auch im Rahmen von Vermittlungsleistungen. Zu den Mitwirkungspflichten zählen auch die Vorlage von entscheidungsrelevanten Unterlagen, die Zustimmung zur Auskunftseinholung bei Dritten, das persönliche Erscheinen in besonderen spezialgesetzlich festgelegten Fällen sowie ggf. die Zustimmung zur Durchführung von ärztlichen oder psychologischen Untersuchungsmaßnahmen. Die Mitwirkungspflichten ergeben sich insbesondere aus dem ÖGdG und IfSG. Im Falle der Nichtbeachtung können Sanktionen verhängt werden.

### **13. Datenquellen (öffentlich zugänglich)**

---

Das Gesundheitsamt kann unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen personenbezogene Daten auch bei anderen öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen oder Personen erheben. Dies können z.B. Labore, andere Behörden oder nach spezialgesetzlichen Regelungen verantwortliche Dritte, Arbeitgeber, etc. sein. Darüber hinaus können personenbezogene Daten auch aus öffentlichen Quellen bezogen werden wie z.B. Internet, Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter usw.

### **14. automatisierte Entscheidungsfindung**

---

Im Rahmen bestimmter Leistungen werden die persönlichen Daten mit den sonstigen ermittelten Daten automatisiert abgeglichen, um so eine passgenaue Bearbeitung zu ermöglichen, dies nur, wenn es gesetzlich und fall- sowie zweckbezogen legitimiert ist.

### **15. Zweckänderung**

---

Die Verwendung personenbezogener Daten zu anderen Zwecken als dem Erhebungszweck ist nur im Rahmen der unter Ziffer 3 genannten Verarbeitungszwecke zulässig und sofern der neue Zweck mit dem Erhebungszweck kompatibel ist.